

Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1226

21. Standesinitiative betreffend Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe

2021/530; Protokoll: md

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass die Geschäftsleitung dem Landrat beantrage, die Vorlage direkt zu beraten. – Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) stellt die Vorlage vor und erinnert an die von Béatrix von Sury d'Aspremont am 2. September 2021 eingereichte Motion, welche fordere, dass der Kanton Basel-Landschaft eine Standesinitiative zu dem Thema einreiche. Das Begehren war, dass der Bundesrat und das Bundesparlament gebeten werden, die notwendigen Schritte für eine Vollassoziierung zu unternehmen, damit die Schweiz weiterhin am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe beteiligt sein kann. Die Motion wurde vom Landrat stillschweigend überwiesen und die Bearbeitungsfrist wurde auf drei Monate verkürzt.

Der Regierungsrat legt heute den Bericht zu dieser Motion vor. Im Bericht wird die Bedeutung für die Hochschulen und den ganzen Wirtschaftsstandort der Region Basel und Baselland aufgezeigt. Für die Hochschulen ist Horizon nach dem Schweizerischen Nationalfonds die zweitwichtigste Quelle für Fördergelder. Zwischen 2014 und 2020 wurden an der Universität Basel mit dem Programm Horizon rund 160 Projekte mit rund CHF 94 Mio. gefördert. Es ist aber nicht nur die Universität Basel, welche von diesen eingeworbenen Mitteln profitiert, sondern auch das assoziierte Friedrich Miescher-Institut, das Swiss TPH und vor allem auch die FHNW. Es sind nicht nur die finanziellen Mittel wichtig, sondern insbesondere auch die internationale Vernetzung, die Teilnahme an den Projekten und vor allem auch die Möglichkeit, solche Projekte selbst zu führen, sind essentiell für die ganze Region. Solche ERC Grants bedeuten ferner, dass die Exzellenz von Forschenden ausgezeichnet wird. Sie sind zudem mit hoher Reputation für Forschende verbunden. Mit einem eigenen Programm des Bundes mit Schweizer Fördergeldern ist es nach Ansicht des Regierungsrats nicht getan. Es ist, wie wenn die Schweiz eine eigene WM für sich selbst austragen würde. Es ist damit zu rechnen, dass Top-Forschende nicht mehr in die Region, nicht mehr in die Schweiz kommen, weil sie nicht mehr die Möglichkeit haben, solche ERC Grants zu erwerben. Betroffen ist auch die ganze Life Sciences-Industrie. Der Regierungsrat befürchtet, dass sehr gute Top-Forschende schleichend abwandern werden. Der Regierungsrat ist sehr besorgt über die aktuelle Situation und das wird auch im Schreiben an die Bundesversammlung ausführlich dargelegt. Der Regierungsrat begrüsst ausdrücklich das Anliegen der Motion und beantragt die Einreichung der Standesinitiative gemäss dem vorliegenden Schreiben. Ferner beantragt er, die Motion abzuschreiben.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) gibt bekannt, der Grosse Rat Basel-Stadt habe am Vortag die Standesinitiative mit 90:0 Stimmen beschlossen.

– *Eintretensdebatte*

Ursula Wyss Thanei (SP) betont, die SP-Fraktion sei von der Notwendigkeit einer Vollassoziierung im Forschungsprogramm Horizon Europe absolut überzeugt. Sie unterstützt einstimmig die Einreichung der Standesinitiative. Die Rednerin bedankt sich ausdrücklich beim Regierungsrat für die schnelle Bearbeitung und die gute Vorlage. Regierungsrätin Monica Gschwind hat sehr gut erläutert, welche Auswirkungen es hat, wenn die Schweiz nicht mehr am Forschungsprogramm Horizon Europe teilhaben kann. Dies ist mit einer sehr starken Schwächung von Forschungs-, Wirt-

schaft- und Innovationsstandort Schweiz verbunden und schwächt die Innovationskraft der Region Nordwestschweiz. Es geht um den Verlust der Attraktivität der Schweizer Hochschulen, der Schweiz als Innovationsstandort und auch der Region, welche gerade im Rahmen der Life Science Cluster eine intensive regionale Vernetzung mit den Nachbarländern in der EU lebt und es wird schwierig sein, dies weiterzuführen. Es soll nicht wiederholt werden, was Regierungsrätin Monica Gschwind alle so gut ausgeführt hat, aber es muss betont werden: Für die Schweiz ist Bildung die wichtigste Ressource und sie kann sich die Folgen eines Verlusts einer Vernetzung nicht leisten. Deshalb ist es wichtig, dass der Landrat das Bundesparlament auffordert, aktiv zu werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) hebt einen Punkt hervor, den Regierungsrätin Monica Gschwind nicht erwähnt habe: Bei Horizon gehe es zwar um Forschungsarbeit an Universitäten und das habe einen gewissen elitären Touch in Regionen der Schweiz, welche weniger nah an Pharma oder Life Sciences agieren als die Nordwestschweiz. Aber die Auswirkungen der Nicht-Assoziierung beschränken sich in keinsten Weise auf die Universitäten oder die Universität Basel im Speziellen. Es hat sehr wohl auch einen grossen Einfluss auf die Wirtschaft. Nicht nur auf die grossen Pharmafirmen sondern auch auf die innovationsorientierten KMU. Der langfristige Schaden, der durch den Wegfall dieser «günstigen» internationalen Vernetzung angerichtet wird, ist riesig – und in der Summe deutlich grösser, als das was den Universitäten selber entgeht. Es ist für die Wirtschaft und die KMU sehr wichtig, dass die Schweiz bei Horizon 21 wieder mitmachen kann. Deshalb wird um eine breite Unterstützung für diese Standesinitiative gebeten.

Sven Inäbnit (FDP) hält kurz und bündig fest – weil alles schon gesagt wurde – dass die FDP-Fraktion einstimmig hinter der Standesinitiative und der Abschreibung der Motion stehe. Die FDP-Fraktion erachtet es als wichtiges Signal nach Bern und als Rückenwind für die dortigen Bestrebungen. Der Kanton Basel-Landschaft ist keineswegs der einzige Akteur, der sich für dieses Anliegen einsetzt. Es sind noch viele andere aktiv. Das Signal aus dem Wirtschafts- und Universitätsraum Basel ist dennoch willkommen. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Brief an die Bundesversammlung.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) vermutet, dass alle Anwesenden wüssten, dass sich am vergangenen Montag Aussenminister Ignazio Cassis und der EU VP Maros Sefcovic in Brüssel getroffen hätten. Gleichzeitig fand das 40. Interparlamentarische Treffen zwischen der Schweiz und der EU, d. h. einer EFTA/EU Delegation der Bundesversammlung und einer Delegation DEEA des Europa Parlaments statt. An beiden Treffen war das Forschungsprojekt Horizon Europe das Thema, insbesondere am Parlamentarischen Treffen. Dies zeigt, dass der Druck, der aus den verschiedensten Bereichen aufgebaut worden ist, wichtig ist. Aber dieser Druck muss aufrechterhalten werden, was viele Politikerinnen und Politiker bestätigen. Zuletzt konnte in der Basellandschaftlichen Zeitung vom Montag das Interview mit Ständerätin Eva Herzog gelesen werden, indem sie die Standesinitiativen der Beiden Basel unterstützt und sich sogar dafür ausspricht, dass andere Kantone diesem Beispiel folgen sollen. Das Europäische Forschungs- und Innovationsprogramm ist für die Universität Basel neben den Geldern aus dem SNF die zweitwichtigste Quelle für Fördergelder. Es ist sicherlich lobenswert, dass der Bund den Forschenden und Studierenden zusätzliche namhafte finanzielle Mittel als Kompensation zur Verfügung stellt, um ihnen so eine breite Forschung zu ermöglichen. Doch wie heisst es so schön: Geld allein macht nicht glücklich. Dieses Sprichwort passt hier bestens. Was nutzt der hiesigen Alma Mater das Geld für die Forschung, wenn gerade sie mit ihrer wissenschaftlichen Exzellenz unter der Nichtassoziiierung leidet und die Vernetzung gekappt wird? Es muss nochmal betont werden: Welche Koryphäe wird sich noch an den Schweizer Unis bewerben, wenn Wissenstransfer, Vernetzung, Mobilität, Internationalität nicht mehr selbstverständlich sind? Oder welche Spitzenforschende möchten noch in Basel und in einem Land forschen, welches von einer engen Kooperation mit der EU ausgeschlossen ist? Natur-

lich gibt es z. B. noch den Austausch mit Nordamerika, aber das allein ist eben nicht ausreichend. Auch Studierende werden sich überlegen, ob sie noch nach Basel für ein Studium oder ein Doktorat kommen wollen. Wie bereits erwähnt, betreffen die Auswirkungen nicht nur die Unis und Fachhochschulen, sondern es hat auch Konsequenzen für forschungs- und technologieorientierte Industrie und Betriebe, d. h. einen wichtigen Teil des Schweizer Werkplatzes. Es ist an der Zeit, dass der Landrat ebenfalls ein starkes Zeichen setzt, so wie es die Kolleginnen und Kollegen aus dem Grossen Rat in Basel getan haben: Sie haben unisono der Erfüllung der Standesinitiative zugestimmt. Dem Regierungsrat sei gedankt, dass dem Begehren positiv entsprochen wird. Der ganze Landrat wird gebeten, ebenso entschlossen dem Begehren zuzustimmen. Selbstverständlich stimmt die Votantin der Abschreibung der Motion zu.

Caroline Mall (SVP) legt dar, für die SVP-Fraktion sei es völlig klar, dass die Standesinitiative und die Resolution der SVP-Fraktion sehr wichtig seien. Die Resolution geht sogar noch weiter als die Standesinitiative. Sie fordert, dass die Schweiz nicht nur für Horizon vollassoziert ist, sondern weltweit mit den besten Universitäten Vereinbarungen hat, um weiterhin so konkurrenzfähig zu sein, wie sie es jetzt ist. Deshalb soll noch einmal festgehalten werden, dass die SVP-Fraktion der Vorlage zustimmt.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Wortlaut Standesinitiative*

Keine Wortmeldungen.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 80:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Standesinitiative «Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe»

vom 18. November 2021

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Einreichung der Standesinitiative betreffend «Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe» wird beschlossen.
 2. Die Motion 2021/530: «Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe» wird als erfüllt abgeschrieben.
-